



# Newsletter von Dr. Peter Liese für Südwestfalen, Münster und den Kreis Warendorf

**22. Februar 2025**

## Umfassender Bürokratieabbau vorgeschlagen

### Dringend notwendige Nachsteuerung der Politik

Die Europäische Kommission hat in einem sogenannten „Wettbewerbskompass“ zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft und zum Abbau der Bürokratie vorgeschlagen (mehr dazu auf Seite 8). Peter Liese begrüßte die Initiative: „Die Menschen und die Wirtschaft ersticken in Bürokratie und das muss sich dringend ändern. Bürokratieabbau und Wettbewerbsfähigkeit ist kein Widerspruch zum Klimaschutz. Wir verlieren die Zustimmung der Menschen, wenn die Regeln zu kompliziert und zu bürokratisch sind und ohne wettbewerbsfähige Wirtschaft ist unsere Klimaschutzpolitik kein Vorbild für andere Länder auf der Welt.“



Mehr zum Wahlkampf auf Seite 2 und 3

#### In dieser Ausgabe

- EU-Fördermittel unterstützen REGIONALE 2025 in Südwestfalen
- Eigener Ausschuss für Gesundheit
- Krebs weiter Geißel der Menschheit
- Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau
- Unfaire Handelspraktiken gefährden die Gesundheit
- Klimaschutz funktioniert
- Fünf Jahre nach dem ersten Corona-Fall
- Spitzenforschung bei Fraunhofer in Münster
- Gespräch mit ABU
- Auch Europa wartet auf einen Politikwechsel in Deutschland
- Europa-Medaille der EVP-Fraktion an Irmhild Padberg und das Berufskolleg Bestwig

**und vieles mehr**





Sehr geehrte Damen und Herren,

am Sonntag geht es für Deutschland um alles! Wir kämpfen bis zur letzten Minute für einen Politikwechsel:

Wir wollen unser Land sicherer machen.  
Wir wollen massiv gegen illegale Migration vorgehen.  
Wir sind für Marktwirtschaft im Klimaschutz und für die gezielte Unterstützung der Menschen.  
Wir müssen unsere Wirtschaft wieder flott machen.  
Wir kämpfen für unsere Heimat.

Bitte wählen Sie am Sonntag mit Ihrer Erststimme:

- **Oliver Pöpsel** (Wahlkreis 145: Soest)
- **Benedikt Büdenbender** (Wahlkreis 147: Siegen-Wittgenstein)
- **Florian Müller** (Wahlkreis 148: Olpe - Märkischer Kreis I)
- **Paul Ziemiak** (Wahlkreis 149: Märkischer Kreis II)
- **Stefan Nacke** (Wahlkreis 128: Kreis Münster)
- **Henning Rehbaum** (Wahlkreis 129: Kreis Warendorf)

Sowie im Hochsauerland **Friedrich Merz, unseren Kanzlerkandidaten**, für den Politikwechsel in Deutschland!



**Benedikt Büdenbender**

**Paul Ziemiak**

**Florian Müller**

Wahlkreis 147: Siegen-Wittgenstein

Wahlkreis 149 Märkischer Kreis II

Wahlkreis 148: Olpe – Märkischer Kreis I

Europabüro für Südwestfalen – E-Mail: [info@peter-liese.de](mailto:info@peter-liese.de)





## Henning Rehbaum

Wahlkreis 129: Kreis Warendorf



## Dr. Stefan Nacke

Wahlkreis 128: Münster



## Oliver Pöpsel

Wahlkreis 145: Soest

**Starker Kanzler.  
Starkes Deutschland.**

Beide Stimmen CDU.

CDU: Christdemokratische Union Deutschlands | Mitgliederversammlung 2019 | CDU Kreis Warendorf

## Friedrich Merz

Wahlkreis 146: Hochsauerlandkreis



# Südwestfalen, Münster und der Kreis Warendorf wählen am 23. Februar

# CDU







## Erleichterung für die Automobilzuliefererindustrie in Aussicht

Ein wichtiger Punkt in dem neuen Wettbewerbskompass der Kommission ist, dass die Kommission Flexibilität für die Autoindustrie bei den Strafzahlungen ankündigt. „Die Automobilzuliefererindustrie spielt in unserer Region eine herausragende Rolle. Deswegen ist wichtig, dass wir auch in Europa gute Rahmenbedingungen haben. Die Klimaziele, auch für die Autoindustrie, sollen nicht angetastet werden aber gleichzeitig müssen in der jetzigen schwierigen Situation Strafzahlungen vermieden werden. Unsere Fraktion schlägt vor, dass Unternehmen die die Ziele in 2025 nicht erreichen, dies durch Übererfüllung der Ziele in 2026 und/oder 2027 überkompensieren können. Damit ist dem Klimaschutz und der Wirtschaft geholfen“, betont Peter Liese.



## EU-Fördermittel unterstützen drei weitere Projektideen der REGIONALE 2025 in Südwestfalen

### Zukunftsweisende Projekte für Nachhaltigkeit und Digitalisierung zur Förderung ausgewählt

Südwestfalen ist ein bedeutender Industriestandort, steht aber vor großen Herausforderungen. Es ist daher wichtig die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die nachhaltige und digitale Transformation voranzubringen. Im Rahmen der Regionale 2025 in Südwestfalen fließen für die nun ausgewählten Vorhaben „3D-4-H2“ in Lüdenscheid, „Wissen in Aktion (WiAk)“ in Meschede und im Kreis Soest in „Digitale und nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die Pflegewirtschaft in Südwestfalen“ rund 4,4 Millionen Euro von Land und Europäischer Union im Rahmen des EFRE/JTF-Programms NRW 2021-2027.

„Südwestfalen ist mit seinen zahlreichen Weltmarktführern ein bedeutender Industriestandort und es freut mich, dass angesichts der aktuellen Herausforderungen gezielt Fördermittel in zukunftsweisende Projekte bereitgestellt



Bei einem Besuch in der Südwestfalen Agentur sprach Peter Liese MdEP mit Programmleiterin der Regionale 2025 Dr. Stephanie Arens, Jochen Ritter MdL und dem Geschäftsführer Hubertus Winterberg. (Archivfoto)



werden“, so Peter Liese. Liese setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass EU-Fördermittel nach Südwestfalen kommen.

Die jetzt ausgezeichneten Projekte beschäftigen sich mit wichtigen Themen, wie der Weiterentwicklung der 3D-Druck-Technik für Wasserstoff-Anwendungen, dem Sichern und der Weitergabe von Wissen von Fachkräften und der Unterstützung der Pflegebetriebe in Südwestfalen auf dem Weg in eine digitalisierte und innovative Zukunft.

So bekommt das Projekt „[3D-4-H2](#)“, welches den Standort Südwestfalen für die Herstellung und Nutzung von grünem Wasserstoff als Energieträger stärken soll, 1,92 Millionen Euro aus Mitteln des Landes NRW und des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Daran arbeitet unter anderem das Kunststoff-Institut Lüdenscheid. Hier soll ein 3D-Druck-Verfahren genutzt werden, um Bestandteile für Wasserstoffanwendungen herzustellen. Konkret geht es im Projekt darum, das 3D-Druck-Verfahren zu nutzen, um gezielt Kunststoff-Komponenten herzustellen, die man für Brennstoff- und Elektrolysezellen verwenden kann.

Das Projekt „[Wissen in Aktion \(WiAk\)](#)“ der Fachhochschule Südwestfalen hat zum Ziel, digitale Werkzeuge zu nutzen, um das Wissen von Fachkräften zu sichern und weiterzugeben. In Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden sollen Apps und Augmented Reality so eingesetzt werden, dass sie passgenau den Unternehmen helfen: menschlich, organisatorisch, technisch. Das Projekt wird mit voraussichtlich 1,7 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Auch das Projekt „[Digitale und nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die Pflegewirtschaft in Südwestfalen](#)“ soll mit über 738.000 Euro aus Mitteln des Landes NRW und des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden. Die Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH will Pflegebetriebe in Südwestfalen auf dem Weg in eine digitalisierte und innovative Zukunft unterstützen.

Hintergrund: Für zukunftsweisende, nachhaltige und innovative Vorhaben in Nordrhein-Westfalen stehen aus dem EFRE/JTF-Programm NRW 2021-2027 EU-Mittel in Höhe von 1,9 Milliarden Euro des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Just Transition Fund (JTF) zur Verfügung. Hinzu kommen eine Co-Finanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen und Eigenanteile an den Projekten. Unterstützt werden Vorhaben aus den Themenfeldern Innovation, Nachhaltigkeit, Mittelstandsförderung, Lebensqualität, Mobilität und Strukturwandel in Kohlerückzugsregionen.







## Eigener Ausschuss für Gesundheit im EU-Parlament

### Bekämpfung der Arzneimittelknappheit, Entbürokratisierung der Medizinprodukteverordnung sowie Kampf gegen Krebs und kardiovaskuläre Erkrankungen

Das Europäische Parlament hat die Schaffung eines eigenständigen Ausschusses für Gesundheit beschlossen. Der Ausschuss übernimmt die Gesundheitskompetenzen vom bisherigen Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI). Er ist für Gesundheit im engeren Sinne zuständig, das heißt, nicht für die Grenzbereiche von Umwelt und Gesundheit, die im bisherigen ENVI-Ausschuss verbleiben.



„Mit der Schaffung eines eigenen Gesundheitsausschusses tragen wir der zunehmenden Bedeutung des Themas Rechnung. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass Viren nicht an der Grenze haltmachen und wir gemeinsam erfolgreicher sind. Die Pandemie wurde vor allem durch einen in Deutschland mit Hilfe der Europäischen Union entwickelten Impfstoff überwunden. Zwischen den ersten Schritten bei der Firma BioNTech in Mainz und der Zulassung durch die Europäische Arzneimittelagentur verging weniger als ein Jahr. Schon 2018 hatte die EVP-Fraktion mit einem Plan zur Bekämpfung von Krebs ein gesundheitspolitisches Thema in den Vordergrund gerückt. Mittlerweile haben nicht nur alle Fraktionen im Europäischen Parlament, sondern auch die Kommission und der Ministerrat erkannt, wie wichtig europäisches Handeln bei der Krebsbekämpfung ist“, betont Dr. med. Peter Liese.

Der bisherige Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hatte in der vergangenen Periode 25 % der Gesetzgebungsverfahren des Europäischen Parlaments in seiner Kompetenz. „Das war extrem viel, und es hat insbesondere auch durch die mangelnde Priorität, die der frühere Ausschussvorsitzende dem Thema Gesundheit gegeben hat, dazu geführt, dass wir nicht ausreichend Zeit für die Diskussion gesundheitspolitischer Themen hatten. Dies wird sich nun ändern“, erklärte Liese.

Peter Liese, der die Verhandlungen über die genauen Kompetenzen des Ausschusses mit den Sozialdemokraten und Liberalen geführt hatte, erläuterte, wofür der Ausschuss im Einzelnen zuständig ist:

Das Parlament präzisierte darüber hinaus, dass die Kompetenzen des verbleibenden Ausschusses für Umwelt und Lebensmittelsicherheit nicht nur für die reinen umweltpolitischen Themen, sondern auch für Themen im Grenzbereich von Umwelt und Gesundheit im bisherigen sogenannten ENVI-Ausschuss verbleiben. Dazu gehören beispielsweise die Umweltgesetzgebung zum Schutz der öffentlichen Gesundheit, wie die Luftqualität, Regelungen zum Pflanzenschutz und die Lebensmittelkennzeichnung.



Prioritäten der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP-Christdemokraten) sind unter anderem die Fortführung des Aktionsplans zur Krebsbekämpfung, die Schaffung eines neuen Aktionsplans gegen kardiovaskuläre Erkrankungen und die Entbürokratisierung der Medizinprodukteverordnung. „An allererster Stelle steht jedoch die Bekämpfung der Arzneimittelknappheit. Es ist unerträglich, dass Patienten in der Apotheke immer wieder hören, dass ihr Medikament nicht verfügbar ist. Dadurch entstehen gesundheitliche Schäden, und vor allem wird viel Arbeitszeit von hochbezahltem medizinischem Personal verschwendet. Patienten müssen oft nur wegen der Knappheit von Arzneimitteln länger im Krankenhaus liegen. Wir sind sehr froh, dass Ursula von der Leyen angekündigt hat, in den ersten 100 Tagen der neuen Kommission einen sogenannten Critical Medicines Act auf den Weg zu bringen, der Europa helfen wird, dieses Problem anzupacken“, betonte der Arzt und Europaabgeordnete.

#### „VIIIa. Ausschuss für öffentliche Gesundheit

Der Ausschuss ist zuständig für Fragen der öffentlichen Gesundheit im Zusammenhang mit

1. Arzneimitteln und Medizinprodukten,
2. Programmen und spezifischen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit,
3. der Gesundheitskrisenvorsorge und -reaktion,
4. psychischer Gesundheit und Patientenrechten,
5. den Gesundheitsaspekten des Bioterrorismus,
6. der Europäischen Arzneimittelagentur und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten,
7. den Beziehungen zur Weltgesundheitsorganisation in den genannten Bereichen.“

## Krebs ist nach wie vor eine Geißel der Menschheit

„Für mich als Arzt und Gesundheitspolitiker ist es eine besondere Priorität, Menschen vor Krebs zu schützen und bestmögliche Therapien zu ermöglichen. Deshalb haben wir gemeinsam mit Manfred Weber und Ursula von der Leyen, den Aktionsplan Krebs in der EU ins Leben gerufen“, erläuterte Peter Liese bei einem gemeinsamen Besuch des Westdeutschen Tumorzentrums an der Uniklinik Münster mit Stefan Nacke MdB, Anja



(v.l.n.r.) Prof. Hans-Theodor Eich (Direktor Klinik für Strahlentherapie), Dr. Stefan Nacke MdB, Prof. Annalen Bleckmann (Zentrumsdirektorin des WTZ Münster), Prof. Eva Wardelmann (Direktorin des Gerhard-Domagk-Instituts für Pathologie), Prof. Georg Lenz (Wissenschaftlicher Direktor des WTZ Münster), Sabrina Salomon (stv. CDU-Kreisvorsitzende Warendorf-Beckum), Dr. Peter Liese MdEP, Prof. Georg Lenz (Wissenschaftlicher Direktor des WTZ Münster), Anja Karliczek MdB, Prof. Martin Bögemann (Leiter der Uroonkologie), Prof. Philipp Lenz (Geschäftsführer WTZ Münster) und Prof. Andreas Pascher (Direktor der Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Transplantationschirurgie).





Karliczek MdB sowie der Landtagsabgeordneten Simone Wendland und Sabrina Salomon. Bei dem Gespräch ging es u.a. um Klinische Prüfungen. „Ich konnte hier lernen, was bisher erreicht wurde und wo wir noch dran weiterarbeiten müssen. Ein für mich schockierendes Ergebnis: Gemessen an der Bevölkerung gibt es in Dänemark zehnmal so viele Klinische Prüfungen wie in Deutschland. Unser Ziel muss es sein, auf europäischer Ebene Bürokratie abzubauen, aber auch in Deutschland die Hürde für so wichtige Studien deutlich zu reduzieren“, so der Arzt und Europaabgeordnete.

## Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau im Zentrum des Arbeitsprogramms 2025

### Akzeptanz für Klima- und Umweltpolitik kann nur erhalten werden, wenn wir nachsteuern

Die Europäische Kommission setzt ihre Kurskorrektur fort. Im Arbeitsprogramm für das Jahr 2025 legt die EU-„Regierung“ die Priorität auf Bürokratieabbau und Wettbewerbsfähigkeit. So wird z.B. eine Reform der umstrittenen Chemikalienpolitik unter der Überschrift „Vereinfachung“ angekündigt. Der Grenzausgleichsmechanismus für CO<sub>2</sub> (CBAM) soll ebenso wie die Nachhaltigkeitsberichterstattung, das europäische Lieferkettengesetz und die sogenannte Taxonomie vereinfacht und entbürokratisiert werden. Peter Liese begrüßte die Entscheidung: „Wir müssen den Kern des Green Deal, insbesondere die Klimaziele, erhalten, aber es gibt leider viel zu viel unnötige Bürokratie und die muss weg. Das Europäische Parlament hat in der Klima- und Umweltpolitik oft gegen unsere Fraktion nach dem Motto gehandelt: Wir brauchen nicht nur Gürtel und Hosenträger, sondern es gibt teilweise fünf Gürtel, von denen drei so eng geschnürt sind, dass die Wirtschaft keine Luft mehr zum Atmen hat. Deswegen müssen wir lockern.“

Der Arzt begrüßte, dass auch wichtige Initiativen zur Wettbewerbsfähigkeit im Arzneimittelbereich und für Medizinprodukte vorgesehen sind. „Wir brauchen Anreize dafür, dass Medikamente wieder in Europa und nicht nur in China und Indien produziert werden, um die Versorgungssicherheit verbessern und wir brauchen Änderungen an der Medizinprodukteverordnung, damit wichtige medizinische Geräte wie z.B. Herzkatheter für Kinder nicht komplett vom Markt verschwinden.“







## Peter Liese unterstützt Pläne von EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra

### Schutz für energieintensive Industrie ja, übertriebene Bürokratie nein

„Ich unterstütze die Pläne von EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra aus vollem Herzen. Wir brauchen einen Schutz für unsere energieintensive Industrie, die sich auf den Weg zur Klimaneutralität macht. Die gegenwärtige Gesetzgebung ist aber viel zu bürokratisch und muss deswegen entrümpelt werden“, dies erklärte Peter Liese anlässlich der Ankündigung des EU-Klimakommissars, die Auflagen zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) im Rahmen eines sogenannten „Omnibus-Verfahrens“ zu entrümpeln.



Der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM wurde vom Europäischen Parlament im Jahr 2023 gemeinsam mit einer Verschärfung des Emissionshandels beschlossen. Energieintensive Industrien wie Stahl-, Zement- und Kalkproduzenten werden in Zukunft sehr viel weniger kostenlose Zertifikate aus dem Emissionshandel erhalten. Damit ihre Produkte nicht einfach durch Billigprodukte aus Marokko, der Türkei oder China ersetzt werden, wird in Zukunft an der EU-Außengrenze eine Art Klimazoll erhoben. Alle Produzenten, die nicht einem ähnlich strengen Klimaregime wie in der EU unterworfen sind, müssen einen entsprechenden Ausgleich zahlen.

„Der Grenzausgleichsmechanismus hat sich im Prinzip schon bewehrt, bevor er überhaupt in Kraft getreten ist. Viele Drittstaaten haben schon einen Emissionshandel eingeführt oder planen, dies zu tun, um nicht vom CBAM betroffen zu sein und die Dekarbonisierung im eigenen Land voranzutreiben. Daher ist der CBAM auch ein wirksames Instrument für den globalen Klimaschutz. Viele Unternehmen, auch in den Sektoren, in denen es schwierig ist, wie Kalk und Zement, haben sich auf den Weg gemacht, klimaneutral zu produzieren. Sie brauchen daher dringend diesen Schutz vor dreckiger Billigkonkurrenz aus dem Ausland. Auf der anderen Seite ist die gegenwärtige Regelung zu bürokratisch und treibt seltsame Stilblüten. Jeder Unternehmer und auch jede Privatperson, die einen Teil aus dem betroffenen Produkt, zum Beispiel einen Kotflügel aus Stahl aus dem außereuropäischen Ausland importiert, muss umfangreich über den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck dieses Produktes Bericht erstatten. So wurde zum Beispiel ein Jugendlicher in den Niederlanden von der zuständigen Behörde aufgefordert einen umfangreichen Fragebogen auszufüllen, weil er ein Ersatzteil für sein Motorrad im außereuropäischen Ausland bestellt hat. Die Mutter rief daraufhin verzweifelt bei der zuständigen Behörde an. Die Regelung ist auch eine riesige Belastung für Mittelständler, die nur geringe Mengen von zum Beispiel verarbeiteten Stahlprodukten, wie etwa ein Paket Schrauben, aus dem außereuropäischen Ausland bestellen. Mehr als 95% der CO<sub>2</sub> Emissionen, die nach Europa "importiert" werden, gehen auf die Importe von weniger als 20% der Unternehmen zurück. Das heißt, wenn wir die anderen 80% der Unternehmen



einfach von CBAM befreien, bleibt der Klimaeffekt fast gleich und der bürokratische Aufwand reduziert sich immens. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass man die Pflicht, über CBAM Bericht zu erstatten, und zu einem späteren Zeitpunkt auch Gebühren zu zahlen, nicht allein am Warenwert festmachen sollte. Während eine Ladung Rohstahl für 150 Euro vielleicht relevant ist, so ist ein Paket von Spezialschrauben für 150 Euro, was den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck angeht, zu vernachlässigen. Daher sollten wir auch Schwellenwerte für das Gewicht und nicht nur für den Warenwert haben“, das Peter Liese.

## **Unfaire Handelspraktiken gefährden die Gesundheit, weil viele Produkte nicht den europäischen Sicherheitsstandards entsprechen und z.B. Schadstoffe enthalten**

„Eine bessere Kontrolle chinesischer Online-Händler ist gut für Umwelt, Gesundheit und die seriösen Hersteller aus unserer Region“, so reagierte Peter Liese auf den Vorschlag der Europäischen Kommission, den Online-Handel mit zum Teil gefährlichen umweltschädlichen Produkten vor allem über Online-Plattformen wie Shein oder Temu stärker zu regulieren. Die Kommission hat vorgeschlagen, Billigimporte, die über solche Plattformen nach Europa kommen, besser zu prüfen und auch Produkte von einem Wert unter 150 Euro vom Zoll zu erfassen.

Peter Liese hatte sich immer wieder mit heimischen Unternehmen ausgetauscht, die sich beschwerten, dass sie die strengen Umwelt- und Sicherheitsvorgaben der EU umsetzen müssen, chinesische Hersteller diesen aber über unfaire Praktiken auf Online-Plattformen oftmals aber ausweichen. „Die Handelspraktiken von Shein, Temu und anderen Plattformen gefährden die Gesundheit, weil viele Produkte nicht den europäischen Sicherheitsstandards entsprechen und z.B. Schadstoffe enthalten. Insbesondere sind sie unfair gegenüber unseren seriösen heimischen Unternehmen, die sich an die Regeln halten. Daher unterstütze ich die Initiative als Arzt und Umweltpolitiker grundsätzlich sehr. Ob die von der Kommission vorgeschlagene Gebühr nötig und hilfreich ist, muss genau geprüft werden“, erklärte Liese.



Eine bessere Kontrolle chinesischer Online-Händler ist gut für Umwelt, Gesundheit und die seriösen Hersteller aus unserer Region, wie beispielsweise die Firma Briloner Leuchten. V.l. Michaela Sogheir, Peter Liese, MdEP, Wolf Hustadt und Vanessa Koch

Mehr Informationen zum Vorstoß der Europäischen Kommission finden Sie unter diesem Link: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_25\\_410](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_410)



# Klimaschutz funktioniert europäisch und marktwirtschaftlich

## Nationale Verbote teilweise kontraproduktiv



„Die neuesten Zahlen zu den Treibhausgasemissionen in Deutschland zeigen, dass Klimaschutz dort funktioniert, wo er gemeinsam in Europa und auf der Basis von Marktwirtschaft durchgeführt wird. Nationale Verbote wie beim Heizungsgesetz führen in die Irre,“ betonte Peter Liese. Die Agora Energiewende hatte Zahlen veröffentlicht, nach denen die Treibhausgasemissionen in Deutschland, vor allen Dingen im Bereich der Stromerzeugung, zurückgegangen sind, im Bereich von Gebäuden und Verkehr gab es dagegen keine Fortschritte.

„Der marktwirtschaftliche Europäische Emissionshandel (ETS) funktioniert. Zwischen 2005 und 2023 sind die Emissionen in der Europäischen Union im Emissionshandessystem-Sektor um 47 Prozent zurückgegangen. Nationale Maßnahmen wie zum Beispiel das Heizungsverbot haben dagegen kontraproduktive Effekte. Deswegen ist es wichtig, auch beim Thema Wärme und Verkehr auf marktwirtschaftliche Mittel zu setzen, wie wir es durch die Einführung des ETS 2 bereits im Jahr 2023 beschlossen haben. Wichtig ist jedoch, bei der Umsetzung sehr stark auf einen sozialen Ausgleich zu achten. Wir haben in der Europäischen Union nicht nur einen Klimasozialfonds beschlossen, sondern auch die Vorgabe, dass alle Einnahmen aus dem Emissionshandel für Wärme und Verkehr gezielt an die Menschen zurückfließen und dabei soziale Aspekte berücksichtigt werden müssen. Für den Bereich Mobilität habe ich dazu mit dem Vorsitzenden des CDA Bundesverbandes Dennis Radtke bereits [ein konkretes Konzept](#) vorgelegt,“ bekräftigte Liese.

Des Weiteren betonte der Klimapolitiker, dass in Zukunft stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie geachtet werden muss. „Ein Teil des Emissionsrückgangs in Deutschland ist nach wie vor durch die Rezession begründet und das kann auf gar keinen Fall die Lösung sein. Wir sind international nur Vorbild, wenn wir die Industrie dekarbonisieren und nicht Deutschland und Europa entindustrialisieren. Deswegen brauchen wir eine Entlastung der Industrie von bürokratischen Vorgaben, Technologieoffenheit und auch hier eine gezielte Verwendung der Einnahmen aus dem Emissionshandel.“



## Klimapolitik in Zeiten von Trump 2.0 wird extrem herausfordernd

### Aber wenn wir es richtig machen, können wir trotzdem Fortschritte erreichen

„Klimapolitik in Zeiten von Trump 2.0 wird extrem herausfordernd, aber wenn wir es richtig machen, können wir trotzdem Fortschritte erreichen“, dies erklärte Peter Liese anlässlich der Amtseinführung von Donald Trump. „Trump fordert uns auch in der Klimapolitik extrem heraus. Besonders beunruhigend finde ich, dass große Finanzinstitutionen schon vor der Amtseinführung ihre Mitgliedschaft in Organisationen für Nachhaltigkeit gekündigt haben. Ich habe keinen Zweifel, dass Trump, genauso wie in seiner ersten Amtszeit, aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austreten wird. Unter anderem wegen Trump und seiner zu erwartenden Anti-Klimaschutzpolitik bin ich leider davon überzeugt, dass das 1,5 Grad Ziel auch auf Dauer nicht zu halten ist“, so Liese.

Trotzdem warnt er davor, zu resignieren. „Während der ersten Amtszeit von Donald Trump 2017-2021 gab es in Europa und vielen anderen Teilen der Welt dramatische Fortschritte beim Klimaschutz. So hat die Europäische Union 2019 das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 festgeschrieben und seitdem haben fast alle anderen Länder der Welt Klimaneutralitätsziele festgelegt. Die Internationale Politik hat Trump also überlebt“, so der Umweltpolitiker.



### 1,5-Grad-Ziel auch auf Dauer nicht zu erreichen, aber jedes Zehntel Grad zählt

„Das 1,5-Grad-Ziel ist auch auf Dauer nicht zu halten“, erläuterte Peter Liese angesichts der neusten Veröffentlichungen von Copernicus. Der EU-Beobachtungsdienst hatte festgestellt, dass 2024 die Temperatur weltweit um mehr als 1,5 Grad höher lag als in der vorindustriellen Zeit. „Formal ist es zwar so, dass das 1,5-Grad-Ziel über einen 20-jährigen Mittelwert berechnet wird und wenn jetzt weltweit alle großen Verschmutzer ihre Emissionen kurzfristig und drastisch reduzieren, besteht eine theoretische Chance, dieses Ziel noch zu erreichen, aber gerade angesichts der Wahl von Donald Trump und seiner Ankündigung halte ich das leider für unrealistisch. Trotzdem muss Klimaschutz weiter Priorität haben. In Paris wurde bewusst nicht das 1,5-Grad-Ziel festgeschrieben, sondern das Ziel lautet, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad begrenzt werden muss und jedes Zehntel Grad zählt. Wir wissen nicht, wo genau die Kippunkte liegen, die eine Kontrolle der Erderwärmung für unsere Kinder und Enkelkinder unmöglich machen“, betonte Liese.





Um das Pariser Klimaziel (deutlich unter 2 Grad) noch zu erreichen, sind nach Ansicht des Klimapolitikers vor allen Dingen drei Punkte wichtig:

1. „Die Europäische Union muss ihre selbstgesteckten Klimaziele für 2030 und 2050 erreichen. Dabei müssen wir stärker darauf achten, dass wir nicht nur Ziele und Regelungen beschließen, sondern die Menschen und die Industrie auch in die Lage versetzen, diese Ziele umzusetzen. Das Ganze muss mit weniger Bürokratie und mehr Technologieoffenheit geschehen.

2. Wir müssen so schnell wie möglich die Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre fördern. Sogenannte ‚negative Emissionen‘ müssen in den Emissionshandel einbezogen werden.

3. Wir müssen mit Drittstaaten zusammenarbeiten, die wohlwollend sind. Deswegen bin ich angesichts der konstruktiven Haltung des brasilianischen Präsidenten Lula im Klimaschutz auch für das Mercosur-Abkommen. Wir müssen gegenüber denjenigen, die das Pariser Klimaschutzabkommen ignorieren, hart verhandeln, unter anderem durch eine strenge Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus CBAM.“



## Papierkram ist kein Umweltschutz

### Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Pläne der EU-Kommission zum Bürokratieabbau ist unverantwortlich

„Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Pläne der Europäischen Kommission zum Bürokratieabbau ist unverantwortlich“, dies erklärte Peter Liese, angesichts eines Briefes der sozialdemokratischen Fraktion an Ursula von der Leyen im Vorfeld der Verabschiedung eines Papiers der Kommission.

Die Kommission will unter der Überschrift „Competitiveness Compass“ ein Grundsatzdokument für die Ausrichtung der Politik in der gerade begonnenen Legislaturperiode vorstellen. Kernpunkt ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Abbau von Bürokratie. In wenigen Wochen soll dann ein sogenannter „Omnibus“ folgen, bei dem in vier konkreten Gesetzen (Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettengesetz, Taxonomie und Grenzausgleichsmechanismus CBAM) Bürokratie abgebaut werden soll. Gegen diesen Vorschlag haben sich die Verantwortlichen der sozialdemokratischen Fraktion in einem Brief an Ursula von der Leyen gewandt. Sie stellen sich damit in den [Widerspruch](#) zu führenden Sozialdemokraten in Europa, wie z. B. Olaf Scholz, die genau diesen Bürokratieabbau auch bei diesen Gesetzen fordern.



„Papierkram ist kein Umweltschutz. Deswegen ist Bürokratieabbau nicht nur möglich, sondern er ist auch erforderlich, um die Akzeptanz der europäischen Umweltpolitik nicht zu gefährden. Ich unterstütze die Pläne der Europäischen Kommission mit Nachdruck. Nur wenn wir die Bürokratie abbauen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie stärken, haben wir eine Chance, die Klimaziele zu erreichen und damit auch Vorbild für den Rest der Welt zu sein. Die übertriebene Bürokratie schwächt die Akzeptanz der europäischen Politik insgesamt und insbesondere die Akzeptanz der europäischen Klima- und

Umweltpolitik. Und wenn wir nicht wettbewerbsfähig sind, werden wir den Rest der Welt von unserem Modell nicht überzeugen. Das ist aber notwendig, weil gerade Klimaschutz eine weltweite Aufgabe ist“, betonte Liese.

## Fünf Jahre nach dem ersten Corona-Fall in Deutschland

### Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler zu hart, Maßnahmen für Erwachsene teilweise nicht streng genug

„Andere europäische Länder hatten bei den Corona-Maßnahmen eine wesentlich bessere Balance als Deutschland. Bei uns waren die Maßnahmen für Kinder und Jugendliche deutlich zu streng, die Maßnahmen für Erwachsene dagegen teilweise nicht streng genug“, dies erklärte Peter Liese anlässlich des fünften Jahrestags des ersten Corona-Falls in Deutschland am 27. Januar.

„Unter dem Strich sind Deutschland und die EU gut durch die Pandemie gekommen. Ich finde es nach wie vor bemerkenswert, dass bereits im Januar 2020, als viele von uns die Pandemie noch nicht ernst genommen haben, mit BioNTech ein deutsches Unternehmen mit Unterstützung der Europäischen Union mit der Impfstoffentwicklung begonnen hat. Schon Ende des gleichen Jahres war der Impfstoff zugelassen, der einen entscheidenden Anteil daran hatte, dass wir gut durch die Pandemie gekommen sind. Vieles muss jedoch beim nächsten Mal besser laufen. Die Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern waren unverhältnismäßig. Dagegen haben wir Maßnahmen, die vor allem Erwachsene treffen, wie z.B. die Pflicht zum Homeoffice oder Einschränkung von privaten Feiern, viel zu spät und viel zu zögerlich ergriffen“, erklärte der Arzt, Mitglied im neu geschaffenen EU-Gesundheitsausschuss.

Liese betonte, dass das Europäische Parlament bereits im März 2022 einen eigenen Sonderausschuss zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie beschlossen hat und nach 15 Monaten intensiver Arbeit und Anhörungen dutzender von Experten einen Abschlussbericht im Plenum verabschiedet hat.

„Das Beispiel zeigt, dass es geht. Wir haben ja auch parteiübergreifend zusammengearbeitet. Ich finde es immer noch irritierend, dass die Ampel an dieser Stelle gar nichts hinbekommen hat“, so Liese





## Spitzenforschung bei Fraunhofer in Münster

### Leistungsfähige Batterien für der Energieversorgung und Mobilität unverzichtbar

In der BatteryCityMünster werden an der Fraunhofer-Einrichtung Forschungsfertigung Batteriezelle FFB (Fraunhofer FFB) Batterien entwickelt, deren Herstellungsverfahren stetig weiter erforscht und für die industrielle Produktion erprobt werden. Die unterschiedlichen Batteriezellformate finden vielseitige Anwendungen – von Elektrofahrzeugen und Akkugeräten bis hin zu Energiespeichern, die zur Netzstabilisierung und effizienten Nutzung erneuerbarer Energien beitragen, um Strom zur Verfügung zu stellen, wenn er benötigt wird. Trotz ihres Potenzials bleibt der Einsatz von Batteriespeichern im Stromnetz aufgrund doppelter Netzentgelte für Laden und Entladen derzeit wirtschaftlich unattraktiv. Diese doppelten Netzentgelte müssen fallen, um die Speichertechnik für die Wirtschaft und Industrie, ähnlich wie in anderen Ländern, attraktiv zu gestalten und damit den Standort Deutschland in der Energieversorgung zukunftssicher zu gestalten. Diesen Auftrag gab die Institutsleitung der Fraunhofer Forschungsfertigung Batteriezelle FFB an die Bundestagsabgeordneten Stefan Nacke (Münster) und Anja Karliczek (Steinfurt), sowie Peter Liese bei ihrem Besuch der Forschungsfabrik »FFB PreFab« weiter.

„Wir dürfen auch in diesen Bereichen nicht zu abhängig von China sein. Deswegen finde ich es toll, dass durch Engagement der CDU bei uns in Westfalen, nämlich in Münster Amelsbüren, eine einzigartige Forschungsfertigung für Batteriezellen entsteht“, erläuterte Liese, der gemeinsam mit Stefan Nacke, Anja Karliczek, Sabrina Salomon, Oberbürgermeister-Kandidat Georg Lunemann und der Landtagsabgeordneten Simone Wendland die Forschungsfabrik besuchte.

Auf der Musterlinie in der »FFB PreFab« wird die komplette Batteriezellproduktion im kleineren Maßstab ermöglicht. Industrielle Partner werden bei der Erprobung und Umsetzung neuer

Batteriezellkonzepte und Fertigungsverfahren unterstützt. In dem mit 820 Mio. Euro durch Bund und Land geförderten Großprojekt arbeiten bereits über 125 Batterieexperten.



(v.l.n.r.) Stefan Löher (Werkleiter), Dr. Stefan Nacke MdB, Dr. Barbara Henrika Sicking, Simone Wendland MdL, Dr. Peter Liese MdEP, Sabrina Salomon, Prof. Dr. Jens Tübke und Anja Karliczek MdB



## Schutz der Natur Thema auf allen politischen Ebenen

### Gespräch mit Arbeitsgemeinschaft Biologischer Umweltschutz (ABU) in Bad Sassendorf

Der Schutz unserer Natur ist auf allen politischen Ebenen ein Thema. Vor diesem Hintergrund trafen sich die Vertreter der CDU im Kreis Soest wie in den vergangenen Jahren mit der Arbeitsgemeinschaft Biologischer Umweltschutz (ABU), um über aktuelle Herausforderungen im Naturschutz zu diskutieren.

In dem Gespräch wurden zahlreiche Themen erörtert, die sowohl regional als auch überregional von Bedeutung sind. Die Fachleute der ABU berichteten über die laufenden Artenschutzprojekte und den Zustand des Vogelschutzgebiets Hellwegbörde. Die Zukunft des Vertragsnaturschutzes war für alle Beteiligten ein zentrales Anliegen, da dieser im Kreis eine wichtige Rolle spielt und gemeinsam mit der Landwirtschaft umgesetzt wird. Die ABU verdeutlichte zudem die wichtige Rolle der heimischen Schutzgebiete für den Erhalt bedrohter Arten. Damit diese Gebiete wie z.B. die Lippeaue, die Ahsewiesen, der Stockheimer Bruch, das Vogelschutzgebiet „Hellwegbörde“ und der Arnsberger Wald die ihnen zugedachte Aufgabe auch erfüllen können, seien noch viele Anstrengungen erforderlich. Viele Projekte der Biologischen Station der ABU haben zum Ziel, in diesen Gebieten eine naturverträgliche Nutzung und Pflege zu etablieren, nicht mehr benötigte Entwässerungsgräben zu verschließen, neue Gewässer zu schaffen.

Thematisiert wurde auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union. Die CDU-Politiker wiesen darauf hin, dass sowohl Umweltziele als auch die wirtschaftliche Grundlage der Landwirte Berücksichtigung finden müssen. Die ABU begründete anhand über Jahrzehnte erhobener Daten, wie wichtig eine kluge, umweltschonende Agrarpolitik für das Überleben vieler einst häufiger Vogelarten ist.



(v.l.n.r.) Heinrich Frieling MdL, Jörg Blöming MdL, Dr. Peter Liese MdEP, Peter Roffmann, Joachim Drüke, Hubertus Rickert-Schulte, Anna Rodekirchen, Birgit Beckers, Eric Walter, Dr. Margret Bunzel-Drüke, Oliver Pöpsel (Bundestagskandidat)





Der Biber breitet sich im Kreis Soest weiter aus, die ABU dokumentiert jährlich die Verbreitung und informiert über den aktuellen Stand der Besiedlung heimischer Bäche und Flüsse. Hier und da entstehende Konflikte müssten in Kooperation mit den Betroffenen gelöst werden, darin waren sich die CDU-Politiker und die Vertreter der ABU einig. Beide Seiten lobten die zahlreichen Projekte zur Renaturierung der heimischen Bäche und Flüsse.

Der Umgang mit dem Wolf wurde ebenso angesprochen wie mögliche Konflikte mit anderen Tierarten oder menschlichen Nutzungen.

Die künftige Entwicklung des Naturparks Arnsberger Wald ist gerade nach der Ablehnung eines Nationalparks für CDU und ABU von Bedeutung. Die zunehmenden Belastungen durch Windkraftnutzung sieht die ABU mit großer Sorge. Umso mehr sei es wichtig, engagiert Projekte zum Schutz der Natur auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Das Schwammwaldprojekt unter Federführung der Kreisverwaltung Soest ist dafür ein gutes Beispiel, wie beide Seiten erläuterten.

Die CDU-Vertreter betonten die Bedeutung eines fortlaufenden Dialogs mit den Expertinnen und Experten der ABU. Nur durch enge Zusammenarbeit und offenen Austausch können tragfähige Lösungen entwickelt werden, die sowohl den Schutz der Natur als auch die Interessen der Menschen in der Region in Einklang bringen.

## Warum sich Engagement lohnt

### Peter Liese am Berufskolleg Olsberg

Europa ist ein Thema, das bewegt – das zeigte der Besuch von Dr. Peter Liese am Berufskolleg Olsberg, wo er vor rund 80 Schülerinnen und Schülern des Beruflichen Gymnasiums sprach. Bei der Diskussion ging es um lokale Themen im Sauerland, die Bedeutung von Engagement und die Rolle Europas in der Welt, aktive Bekämpfung des Klimawandels, Energiepolitik und die Stabilität Europas. Aber auch Gesundheit spielte bei den Fragen eine wichtige Rolle. Kritisch blickte Dr. Liese auf die Corona-Pandemie zurück und sprach sich für bessere Strategien bei der Medikamentenversorgung aus, um die Abhängigkeit von China und Indien zu verringern.





## Auch Europa wartet auf einen Politikwechsel in Deutschland

„Auch in Brüssel warten viele auf einen Politikwechsel in Deutschland und einen Bundeskanzler Friedrich Merz. In der Wirtschaftspolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Klimapolitik und auch in der Gesundheitspolitik brauchen wir bessere Positionen der Bundesregierung, um mit einer starken Stimme unseres Landes in Brüssel vertreten zu sein. Friedrich Merz hat als ehemaliger Europaabgeordneter jetzt schon bessere Kontakte zu den Staats- und Regierungschefs anderer Länder als Olaf Scholz“, berichtete Peter Liese bei einer Diskussion mit Mitgliedern der Seniorenunion Lüdenscheid.



## Für Politikwechsel auch in der Gesundheitspolitik

"Vor allem Gesundheit!", das haben viele von uns sich wieder gerade zum Neuen Jahr gewünscht. Auch in der Politik muss Gesundheit Priorität haben. Leider gibt es eine Menge Herausforderungen, voran die schlechte Medikamentenversorgung. Zu oft hören Patienten in der Apotheke oder im Krankenhaus, "Medikament nicht lieferbar". Bei Medizinprodukten, wie zum Beispiel Herzkathetern, gibt es Probleme und nicht zuletzt gibt es eine dramatische Entwicklung bei den Antibiotikaresistenzen. Viele Antibiotika verlieren ihre Wirkung, weil Bakterien dagegen resistent geworden sind. Über all das diskutierte die CDU Lippstadt mit dem Vorstandsmitglied von Pharma Deutschland (größter Branchenverband der Pharmaindustrie in Deutschland), Dr. med. Dr. oec. Richard Ammer und Dr. Peter Liese.







## Predigtgespräche des evangelischen Kirchenkreis Arnsberg-Soest

Gemeinsam mit dem Briloner Bürgermeister Christof Bartsch Brilon diskutierte Peter Liese in Olsberg im Rahmen der Predigtgespräche des evangelischen Kirchenkreis Arnsberg-Soest über die Bewahrung unserer Schöpfung. „Gerade angesichts der Amtsübernahme von Donald Trump ist es wichtig, dass wir Klimaschutzpolitik so gestalten, dass die Wirtschaft nicht darunter leidet, sondern wir weltweit Vorbild sind. Aber wir dürfen die Bewahrung der Schöpfung und insbesondere die Klimaziele nicht aufgeben. Das wurde mir noch mal ganz besonders bewusst, weil nach dem Predigtgespräch zwei Taufen stattfanden. Wenn die Täuflinge erwachsen sind und



uns fragen, warum wir gegen die Klimakatastrophe nicht ausreichend etwas unternommen haben, wird die Antwort „wegen Donald Trump“ sicher nicht zufriedenstellend sein“, so Liese.

## Chanukka-Fest im Europäischen Parlament

Chanukka erinnert an die Wiedereinweihung des zweiten jüdischen Tempels in Jerusalem im jüdischen Jahr 3597 (164 v. Chr.) und auch im Europäischen Parlament wurde dem Licht in der Dunkelheit gedacht. Besonders beeindruckt war Peter Liese von Zeugnis der Angehörigen der Geiseln, die bis heute in der Hand der Terrororganisation Hamas sind. Ihr Schicksal darf nicht vergessen werden.







## Europa-Medaille der EVP-Fraktion an Irmhild Padberg und das Berufskolleg Bestwig



Mit der Europa-Medaille zeichnet die christdemokratische EVP-Fraktion Menschen aus, die sich in vorbildlicher Weise für die europäische Einigung engagieren. Peter Liese überreichte nun diese Auszeichnung in seiner Heimatgemeinde Bestwig an Irmhild Padberg, eine engagierte Lehrerin, die entscheidend dazu beigetragen hat, dass über 3000

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer des Berufskollegs Bergkloster Bestwig durch von der EU unterstützte Praktika im Ausland wichtige Erfahrungen machen konnten. „Sie haben dadurch konkret zum Zusammenwachsen Europas beigetragen. Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank an Frau Padberg und das gesamte Team!“, so Peter Liese.







## Peter Liese erhält das Silberne Verdienstkreuz der Europäischen Gemeinschaft Historischer Schützen

„Wow, das ist für mich eine große Ehre, aber auch ein Ansporn, weiter für das Schützenwesen in Europa zu arbeiten“ freute sich Peter Liese, der bei der Versammlung der Sektion 1 der Europäischen Gemeinschaft Historischer Schützen das Silberne Verdienstkreuz verliehen bekommen hat. Gemeinsam mit vielen Bundestagskollegen, unter anderem Florian Müller, Carsten Linnemann, Paul Ziemiak und allen voran Friedrich Merz, ein geplantes Verbot von Bleimunition zu verhindern. Auch bei einer pragmatischen Regelung für die Sportschützen sei man auf einem guten Weg. „Die letzten Gespräche mit den Vertretern der Sportschützen und der Europäischen Kommission waren sehr konstruktiv. Es wird für die Sportschützen in Deutschland aller Voraussicht nach keine neuen Belastungen geben. Das Ehrenamt spielt eine wichtige Rolle in unseren Städten und Dörfern, und wir dürfen es nicht durch unnötige Bürokratie belasten. Weder beim Schützenfest noch beim Sportschießen kommen überhaupt nennenswerte Mengen von Blei in die Umwelt“, begründete Liese sein Engagement.



## Gespräch mit dem Freundeskreis Guatemala in Telgte



Seit über 25 Jahren arbeitet der Freundeskreis Guatemala mit Projektpartnern zusammen um den Bau von Schulen und mit überschaubaren Mitteln eine große Wirkung vor Ort zu entfachen. „Seit 1992 verfolge ich mit großem Interesse die Arbeit des Vereins und die spannenden Projekte in Guatemala. Besonders beeindruckt hat mich der Erfolg des Telgte-Kaffees“, so Liese.





## Gespräch mit Zahntechnikern aus ganz Deutschland



Der Vorstand des Verbands Deutscher Zahntechniker Innungen (VDZI) tagte kürzlich in Meschede und luden Peter Liese zu einem Gespräch über fairen Wettbewerb und Bürokratieabbau ein. Fazit: Qualität im Handwerk muss sich lohnen!

## Gesamtschule Eiserfeld im Europäischen Parlament in Straßburg

Die Schülerinnen und Schüler hatten die Möglichkeit, mehr über die EU-Politik zu erfahren und stellten dabei unglaublich spannende Fragen! „Ein toller Austausch, der gezeigt hat, wie wichtig es ist, junge Menschen für europäische Themen zu begeistern“, freute sich Peter Liese nach dem Besuch.



## CDU Halver Besucht Europäische Parlament in Brüssel

Gemeinsam mit Ralf Schwarzkopf MdL besuchten interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Halver, Kierspe und Lüdenscheid das Europäische Parlament in Brüssel. Bei den spannenden Gesprächen ging es u.a. über die aktuellen Herausforderungen und die Zukunft Europas.

